

## Umwelt

**Klimarahmenkonvention | 22. Vertragsstaatenkonferenz 2016**

**Kyoto-Protokoll | 12. Treffen der Vertragsstaaten 2016**

**Pariser Klimaabkommen | 1. Vertragsstaatenkonferenz 2016**

- Arbeitskonferenz ohne Höhepunkte
- Wachsende institutionelle Ausdifferenzierung
- Anpassungsfonds wird nach 2020 fortgeführt

Die Klimakonferenz der Vereinten Nationen vom 7. bis 19. November 2016 in Marrakesch/Marokko bestand formal aus verschiedenen Veranstaltungen: die 22. Vertragsstaatenkonferenz (Conference of Parties – COP-22) des **Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (Klimarahmenkonvention – UNFCCC)**, das 12. Treffen der Vertragsstaaten des **Kyoto-Protokolls** und – mit Inkrafttreten des **Pariser Klimaabkommens** drei Tage vor Konferenzbeginn – dessen 1. Vertragsstaatenkonferenz. Etwa 22 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer kamen zusammen, davon 15 800 Regierungsvertreterinnen und -vertreter.

Bei der Klimakonferenz in Marrakesch handelte es sich um eine solide Arbeitskonferenz ohne besondere Höhepunkte. Sie befasste sich im Wesentlichen mit einer Vielzahl technisch-organisatorischer

Fragen zum Pariser Abkommen. Es wurde ein Arbeitsprogramm beschlossen, mit dem bis zum Jahr 2018 die offenen Fragen zur Umsetzung geregelt werden sollen. Angesichts der wachsenden institutionellen Ausdifferenzierung des UN-Klimaprozesses wird es zunehmend schwieriger, die Kompetenzen der verschiedenen Gremien voneinander abzugrenzen. In den Verhandlungen ging es insbesondere um die Ausarbeitung der Umsetzungsregeln des Pariser Abkommens, beispielsweise Richtlinien zur Vergleichbarkeit der Klimabeiträge der einzelnen Staaten und zur regelmäßigen Erhöhung der Klimaziele (Ambitionsmechanismus).

### Pariser Abkommen

Das Pariser Abkommen überlässt den Vertragsstaaten weitestgehend selbst, wel-

che Maßnahmen zum Klimaschutz sie ergreifen wollen. Selbst das Ambitionsniveau oder die Reduktionsziele sind im Kern Sache der Vertragsstaaten – allerdings müssen sie über beabsichtigte Verpflichtungen auf nationaler Ebene (Intended Nationally Determined Contribution – INDCs) berichten. Es ist im Mechanismus der INDCs geradezu angelegt, dass die Vergleichbarkeit der jeweiligen nationalen Anstrengungen schwierig ist. Genau dies ist für viele Staaten allerdings wünschenswert. So kann immer wieder aufs Neue über die Verbindlichkeit solcher Regelungen diskutiert werden. Fragen der nationalen Souveränität spielen hier eine wichtige Rolle.

Im Jahr 2018 soll die Zwischenstaatliche Sachverständigengruppe über Klimaänderungen (Intergovernmental Panel on Climate Change – IPCC) seinen Sonderbericht zum 1,5-Grad-Ziel vorlegen. Im selben Jahr soll die erste Runde der Zielüberprüfung beginnen. Dort wird darüber beraten werden, ob die Staaten ihre Ziele gegebenenfalls anpassen müssen, um die bestehende Lücke bei der Emissionsminderung zu schließen. Im Grunde ist bereits klar, dass die bisherigen Zusagen bei weitem nicht ausreichen, um die vereinbarte Begrenzung der Erderwärmung auf deutlich unter 2 °C zu halten, möglichst sogar nur 1,5 °C.

### Finanzierung

Finanzierungsfragen spielten ebenfalls eine wichtige Rolle, allerdings gab es keine substanziellen neuen Finanzierungszusagen. Eine ganze Reihe von Beschlüssen befasste sich mit Umsetzungsrichtlinien für den Grünen Klimafonds (GCF), der Globalen Umweltfazilität (GEF), den Anpassungsfonds sowie einer Anpassung der Pflichtbeiträge für das UN-Klimasekretariat.

Der größte Posten bei der Klimafinanzierung ist das seit Kopenhagen im Jahr 2009 (COP-15) bestehende Versprechen der Industrieländer, Entwicklungsländer bis zum Jahr 2020 für Klimamaßnahmen mit 100 Milliarden US-Dollar jährlich zu unterstützen. Ob und wie diese 100 Milliarden zusammenkommen, ist weiterhin nicht sicher. Die Mitgliedstaaten der Organisation für wirtschaftliche



Der ehemalige UN-Generalsekretär Ban Ki-moon zur Eröffnung der Klimakonferenz (COP22) in Marrakesch am 15. November 2016. UN Photo: Evan Schneider

Zusammenarbeit und Entwicklung (Organisation for Economic Co-operation and Development – OECD) legten kurz vor der Klimakonferenz eine Art Stufenplan vor, wonach ihre öffentlichen Mittel für Klimamaßnahmen in Entwicklungsländern bis zum Jahr 2020 auf 67 Milliarden US-Dollar anwachsen sollten. Weitere 93 bis 133 Milliarden US-Dollar sollen durch den Privatsektor finanziert werden. Für die Entwicklungsländer war der OECD-Plan zu unkonkret, so dass darüber weiter verhandelt wird.

Ob der Anpassungsfonds das Auslaufen des Kyoto-Protokolls im Jahr 2020 überdauert, war zunächst umstritten. Schließlich wurde auf Druck der Entwicklungsländer die Fortführung für das Paris-Abkommen beschlossen. Immerhin wurden 81 Millionen US-Dollar für diesen Fonds zugesagt – mehr als die Hälfte aus Deutschland. Für den im Pariser Abkommen verankerten ›Warsaw International Mechanism for Loss and Damage‹ (WIM) wurde ein Fünfjahres-Arbeitsprogramm vereinbart. Dabei geht es um den Umgang mit bereits eingetretenen Schäden durch den Klimawandel (loss and damage). Gegen den Widerstand der Industrieländer wurde beschlossen, dass sich der WIM künftig auch mit der Frage der Finanzierung von Schadensersatzforderungen befassen wird. Die Industrieländer hatten einen Finanzierungsmechanismus bislang abgelehnt.

## Ergebnisse

Insgesamt wurden 35 Beschlüsse gefasst: 25 unter der Klimarahmenkonvention, acht unter dem Kyoto-Protokoll und zwei unter dem Pariser Abkommen. Die marokkanische Präsidentschaft leistete gute Arbeit und so hatten die Konferenzgremien bereits Mitte der zweiten Woche viele der technisch-organisatorischen Fragen geklärt. Etwa 50 Regierungsvertreterinnen und -vertreter hatte Marokko eingeladen, die an einer ganzen Reihe hochrangiger Veranstaltungen teilnahmen. So war der Kontrast zur glamourösen Pariser Konferenz des Vorjahres (COP-21) nicht ganz so eklatant.

Die Anwesenheit der Regierungsvertreterinnen und -vertreter wurde zur Ver-

abschiedung der ›Marrakech Action Proclamation for Our Climate and Sustainable Development‹ genutzt – ein Dokument, in dem allerdings kaum etwas Neues zu lesen ist. Darüber hinaus wurde mit Unterstützung der marokkanischen Präsidentschaft die ›Marrakech Partnership for Global Climate Action‹ aus der Taufe gehoben, ein partnerschaftliches Projekt von Staaten und nichtstaatlichen Akteuren.

## Erneuerbare Energien

Aufsehen erregte die Ankündigung von 47 besonders vom Klimawandel betroffenen Staaten (Climate Vulnerable Forum), sich so schnell wie möglich ganz von fossilen Energien zu verabschieden und zu 100 Prozent auf erneuerbare Energien umzusteigen. Politisch ein Paukenschlag, allerdings für das Weltklima praktisch bedeutungslos.

Auch die sogenannte ›Africa Renewable Energy Initiative‹ (AREI), die im Dezember 2015 in Paris initiiert worden war, fand viel Beachtung. Die Initiative steht unter dem Mandat der Afrikanischen Union (AU) und besteht aus einem Verwaltungsrat, der mit Vertreterinnen und Vertretern afrikanischer Institutionen wie der Afrikanischen Entwicklungsbank besetzt ist. AREI hat sich das ambitionierte Ziel gesetzt, bis zum Jahr 2030 in Afrika 300 000 Megawatt an zusätzlichen Kraftwerkskapazitäten für erneuerbare Energien zu errichten. Allein bis zum Jahr 2020 sollen es mindestens 10 000 Megawatt sein. Zugegebenermaßen ist dies allerdings nicht das erste Vorhaben dieser Art.

## Wahlen in den USA

Überschattet wurde die Konferenz gleich zu Beginn von der Wahl Donald J. Trumps zum neuen US-Präsidenten. Es handelte sich um ein ›Déjà-vu‹: 15 Jahre zuvor fand im Jahr 2001 die 7. Vertragsstaatenkonferenz, ebenfalls in Marrakesch, statt. Diese hatte damit zu kämpfen, dass der damalige US-Präsident George W. Bush den Ausstieg der USA aus dem Kyoto-Protokoll verkündet hatte. Dennoch wurden die Beschlüsse zur Umsetzung des Kyoto-

Protokolls gefasst. Seitdem hat sich die Welt verändert; die USA haben an Bedeutung im Klimaprozess verloren und sind nicht mehr größter Treibhausgasemittent.

Die Delegierten in Marrakesch bemühten sich darum, sich trotz der US-Wahl nicht von ihrer zeitraubenden und anstrengenden technischen Kleinarbeit an der Umsetzung des Pariser Abkommens abhalten zu lassen und es ist ihnen gelungen. Allein die kurze Zeit zwischen der Verabschiedung des Pariser Abkommens und seinem Inkrafttreten von nicht einmal einem Jahr zeigt den Unterschied zum Kyoto-Protokoll, das dafür mehr als sieben Jahre gebraucht hatte. Ein formeller Austritt der USA aus dem Pariser Abkommen wird völkerrechtlich erst nach drei Jahren wirksam. Allerdings ist damit zu rechnen, dass die USA sich bereits im Jahr 2017 aus der multilateralen Klimapolitik zurückziehen werden.

## Mangelnder politischer Wille

Das eigentliche Problem für einen wirksamen Klimaschutz ist allerdings nicht Trump und der absehbare Ausstieg der USA aus dem UN-Klimaprozess. Viel problematischer ist, dass fast allen größeren und wirtschaftlich starken Staaten der politische Wille fehlt, ihre nationalen Aktionspläne auszubauen. Nur damit kann das Ziel, die Erderwärmung auf unter 2 °C zu begrenzen, erreicht werden. Der heftige innenpolitische Konflikt in Deutschland über den Klimaschutzplan im Vorfeld der Konferenz war ein Vorgeschmack – es wird nicht der letzte Konflikt dieser Art sein.

### Weitere Informationen und Dokumente:

[www.unfccc.int/meetings/marrakech\\_nov\\_2016/meeting/9567.php](http://www.unfccc.int/meetings/marrakech_nov_2016/meeting/9567.php)

### Jürgen Maier

(Dieser Beitrag setzt den Bericht von Jürgen Maier über die Klimarahmenkonvention und das Kyoto-Protokoll, VN, 1/2016, S. 34f., fort.)